



Enquetekommission II

8. Sitzung (öffentlich)

1. März 2024

Düsseldorf – Haus des Landtags

13:31 Uhr bis 15:12 Uhr

Vorsitz: Dr. Martin Vincentz (AfD)

Protokoll: Dr. Lukas Bartholomei, Stephan Vallata

Verhandlungspunkt:

Krisenprävention und vorausschauendes Krisen- und Notfallmanagement 2

– Anhörung von Sachverständigen (*s. Anlage*)

* * *

Krisenprävention und vorausschauendes Krisen- und Notfallmanagement

– Anhörung von Sachverständigen (s. *Anlage*)

Vorsitzender Dr. Martin Vincentz: Ich darf Sie ganz herzlich zu unserer 8. Sitzung der Enquetekommission II „Krisen und Unfallmanagement – durch die Lehren der Vergangenheit, die Zukunft sicher gestalten“ begrüßen.

Die Einladung 18/1896 zur heutigen Sitzung ist Ihnen zugegangen. Sofern sich kein Widerspruch ergibt, ist die Tagesordnung gemäß der Einladung beschlossen. – Ich sehe dazu keine Anmerkungen.

Die heutige Anhörung ist öffentlich, und sie wird per Livestream übertragen, was anschließend auf der Homepage des Landtags abrufbar sein wird. Eigene Ton-, Film- und Bildaufnahmen sind während der gesamten Sitzung untersagt.

Sehr geehrte Herren Sachverständige, im Namen der Enquetekommission möchte ich Ihnen meinen ausdrücklichen Dank für Ihre heutige Teilnahme und vor allen Dingen auch für die bereitgestellten Stellungnahmen aussprechen.

Aus zeitlichen Gründen ist es nicht vorgesehen, dass die anwesenden Sachverständigen ihre schriftliche Stellungnahme noch einmal in einem Eingangsstatement mündlich zusammenfassen. Vielmehr gehe ich davon aus, dass die Abgeordneten die schriftlichen Stellungnahmen gelesen und ausgewertet haben. Sie werden nunmehr Fragen an die Sachverständigen richten, um einzelne Sachverhalte zu vertiefen bzw. zu hinterfragen. Dabei wird zunächst in einer ersten Runde jede Fraktion eine Frage an einen Sachverständigen richten, und dann werden die angesprochenen Personen in einer ersten Antwortrunde darauf antworten. Für die Beantwortung einer Frage stehen maximal drei Minuten zur Verfügung. Anschließend folgt die nächste Fragerunde, bis entweder Fragen oder Zeitkontingent erschöpft sind. Die sachverständigen Mitglieder der Enquetekommission haben ebenfalls das Recht, Fragen zu stellen. Deren Fragen werden jeweils auf die betreffende Fraktion angerechnet.

Wir beginnen mit der ersten Fragerunde.

Christian Berger (CDU): Es ist seitens der Sachverständigen im Vorfeld fleißig und engagiert gearbeitet worden. Vielen Dank dafür vonseiten der CDU-Fraktion.

Herr Krüger, vielen Dank für Ihre weite Anreise aus Berlin. Was konkret zeichnet das vorausschauende Krisenmanagement aus?

Rodion Bakum (SPD): Vielen Dank auch seitens der SPD-Fraktion für die ausführlichen Stellungnahmen, die uns in unserer Arbeit weiterbringen.

Herr Memmeler, wie identifizieren und erreichen wir Ihrer Meinung nach vulnerable Gruppen am effektivsten?

Jule Wenzel (GRÜNE): Auch von meiner Seite vielen Dank dafür, dass Sie sich be-reiterklärt haben, einen wichtigen Beitrag zu unseren demokratischen Prozessen zu leisten.

Herrn Voss, warum wird das vorhandene Wissen zur Verbesserung der Krisen- und Katastrophenvorbereitung nicht abgerufen und in entsprechende Maßnahmen über-führt? Warum wird das vorhandene Beratungsangebot nicht genutzt? Können Sie die Ihrer Meinung nach drei größten Herausforderungen nennen?

Susanne Schneider (FDP): Ich möchte mich zunächst bei den Experten für die Stel-lungnahmen bedanken und dafür, dass Sie heute bei uns sind.

Herr Memmeler, mich verwundert, dass das Innenministerium augenscheinlich wenig über die vorhandenen Ressourcen der Hilfsorganisationen informiert ist. Wie erklären Sie sich das? Wie könnte man den Austausch bzw. die Kommunikation verbessern?

Dr. Martin Vincentz (AfD): Herr Professor Glade, Sie haben in Ihrer Stellungnahme betont, wie wichtig die intersektorale Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Akteuren ist. Könnten Sie ausführen, an welchen Stellen es aus Ihrer Sicht aktuell noch hapert und was man da im Konkreten verbessern kann?

Vorsitzender Dr. Martin Vincentz: Damit beginnen wir mit der Antwortrunde.

Prof. Dr. Thomas Glade (Universität Wien): Zunächst einmal herzlichen Dank an alle Beteiligten für die Einladung. Es hat mich sehr gefreut, dass Sie mich kontaktiert haben.

Die Frage lautete, inwieweit man die Zusammenarbeit bei intersektoralen Aspekten verbessern kann und welche offenen Fragen bestehen. Nach meinen Beobachtungen wird im Bevölkerungs- und Katastrophenschutz sehr viel sektoral gearbeitet wird. In dieser Hinsicht ist man da ausgezeichnet aufgestellt ist. Innerhalb einer Institution ist es größtenteils sehr gut strukturiert.

Ich stelle aber auch fest – und das hat nichts mit Nordrhein-Westfalen oder mit Deutsch-land zu tun; das ist in Österreich oder in anderen Ländern genau das Gleiche –, dass Kenntnisse einer Institution nicht für andere Institutionen zur Verfügung stehen. Das ist in der Prävention, in der Vorbeugung bereits der Fall. Ganz besonders virulent wird es in Krisensituationen, also wenn wirklich sofort gehandelt werden muss. Gerade dann ist es entscheidend, dass entsprechende Informationen auch allen Akteuren ent-sprechend zur Verfügung stehen. Dies können wir überall feststellen; wir können dies aber auch angehen. Eine Zusammenarbeit kann ja strukturiert werden, und sie kann auch rechtzeitig geplant werden. Wir müssen uns für die Krise vorbereiten, damit wir uns im Falle der Krise nicht erst abstimmen müssen, sondern das muss vorher klar sein.

Ein weiterer Punkt hängt damit sehr stark zusammen: Um sich gegenseitig abzustim-men, muss auch ein Vertrauen der beteiligten Akteure vorhanden sein, und Vertrauen entwickelt man nicht von heute auf morgen. Es muss aufgebaut werden, es muss kreierte

werden über mittel- und langfristige Zusammenarbeit, über einen Austausch. Nur dann wird in den Krisensituationen auch darauf zurückgegriffen. Es wird den Aussagen, die getroffen worden sind, geglaubt, womit Handlungen besser durchgeführt werden können.

Erstens ist also die Identifizierung der verschiedenen Akteure wichtig. Zweitens muss die Zusammenarbeit besser herausgearbeitet werden. Darauf haben auch viele andere Kolleginnen und Kollegen hingewiesen. Und drittens muss Vertrauen aufgebaut werden, und es müssen klare Kommunikationsstrukturen geschaffen werden. Übrigens ist hier nicht nur das Vertrauen der Institutionen untereinander relevant, sondern dies muss zum Beispiel auch bei der Zivilgesellschaft vorhanden sein. Es bringt Ihnen nichts, wenn Sie eine Frühwarnung herausgeben, und die Leute glauben einfach nicht, was gesagt wird.

Moritz Krüger (Deutsches Rotes Kreuz): Aus Sicht des Deutschen Roten Kreuzes muss ein vorausschauendes Krisenmanagement dazu befähigen, Entscheidungen in einer Krisenlage über Schutzmaßnahmen schon vor Eintritt der eigentlichen Krise, des eigentlichen Schadens oder der eigentlichen Auswirkungen einer Naturgefahr treffen zu können. Ziel dieses vorausschauenden Ansatzes muss sein, die Abschätzung dieser Auswirkungen, diese Schäden und auch die Bedarfe von vulnerablen Gruppen in oder auch vor einer akuten Schadenslage abschätzen zu können.

Ich möchte Ihnen drei Komponenten nennen, die wichtig sind, um diesen Ansatz aufbauen zu können.

Komponente Nummer eins ist die Nutzung von operativen Wetter- und Schadensvorhersagen. Die Wettervorhersagen sind inzwischen so hochwertig geworden, dass wir diese nutzen können, um schon im Vorfeld Maßnahmen umzusetzen.

Dazu brauchen wir Risikoinformationen – sie sind in Deutschland vielfältig verfügbar – darüber, wo sich Überschwemmungsflächen befinden, wo sich welche vulnerablen Gruppen befinden und natürlich auch wie diese vulnerablen Gruppen in ein Krisenmanagement einbezogen werden können.

Komponente Nummer zwei sind vordefinierte Maßnahmen. Wenn wir aufgrund von Wettervorhersagen wissen, dass eine bestimmte Schadenslage eintreten wird, dann können wir im Vorfeld Maßnahmen definieren, die ab einer bestimmten Gefahren- oder Eskalationsschwelle eingeleitet werden.

Komponente Nummer drei ist die Finanzierung des Ganzen. Sobald ein Katastrophenfall ausgerufen wurde, ist relativ klar: Die Finanzierung von schützenden Maßnahmen unmittelbar, also wenige Tage oder Wochen vor einer erwarteten Katastrophe, ist noch nicht geklärt.

Diese Gesamtkomponenten sind in ihrer Einzelheit in vielen Fällen schon vorhanden. Sie müssen aber als komplette, vollständige Kette durchdacht werden. Nur dann kann ein vorausschauendes, komplettes und einheitliches Krisenmanagement funktionieren.

Das Deutsche Rote Kreuz hat in einzelnen Komponenten entlang dieser Kette schon sehr viele Erfahrungen gemacht, nicht nur auf Bundesebene, sondern auch in Nordrhein-

Westfalen, zum Beispiel auch im Hinblick darauf, wie die Konzeptentwicklung im Katastrophenschutz bei Pflegeeinrichtungen mitgedacht werden kann.

Gleichzeitig muss in diesem Ansatz mitbedacht werden, wie die Bevölkerung und die Ehrenamtlichen im Katastrophenschutz einbezogen werden. Zur Vorbereitung der Zivilbevölkerung möchte ich noch einmal betonen: Wir müssen die Selbstschutzkapazitäten der Bevölkerung aufbauen. Das ist ein ganz wesentlicher Teil, um das Krisenmanagement oder um den Katastrophenschutz in Deutschland nachhaltig und in die Zukunft gerichtet stärken zu können.

Magnus Memmeler (Hilfswerk für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe privater Rettungsdienste NRW): Zunächst zu der Frage nach der Identifikation vulnerabler Gruppen. Ich gebe dem Kollegen recht: In stationären Einrichtungen untergebrachte Personen gehören häufig zu den vulnerablen Gruppen. Allerdings wissen wir kaum etwas über Wohnformen, etwa WGs, die unterhalb der Aufsicht der WTG-Behörde arbeiten. Dazu gehören Beatmungs-WGs, Pflege-WGs und Senioren-WGs.

In Schadensfällen ist den meisten Leitstellen unbekannt, ob es sich um eine solche Einrichtung handelt. Das ist fatal und wird schon seit Jahrzehnten bemängelt. Leider Gottes bildet sich das alles auf Freiwilligen-Plattformen ab, meistens betrieben von Betroffenen- oder Angehörigenverbänden. Da bin ich bei Professor Dr. Glade: Wenn man das in einer zentralen Datenbank sammeln würde, die auch Zugriffsmöglichkeiten bietet, zum Beispiel für Leitstellen, wäre allen geholfen.

Noch schlimmer ist es im ambulanten Bereich. Da weiß teilweise nur die Pflegedienstleitung von der Anzahl der Patienten, im Zweifelsfall aber nicht einmal von allen Krankheitsbildern. Es kommt da zu einer Schädigung, wo die Versorgung einer ambulanten Einrichtung nicht mehr gewährleistet ist. Man kann zumindest in der Wohlfahrtsorganisation von einer großen Chaosphase sprechen. Bis dann auch mal professionelle Hilfe eingeleitet wird, kommt es zu flächigen Schäden, etwa durch Witterungsereignisse. 2021 waren mehrere Altenheime nicht nur im Ahrtal, sondern auch südlichen Kreis Unna betroffen.

In einem solchen Fall muss erst einmal geschaut werden, welche Krankheitsbilder in dieser Einrichtung zu versorgen sind. In der Regel gibt es in den Einrichtungen keine Krisenpläne, die nach entsprechendem Schweregrad der Erkrankung gestaffelt sind. Das halte ich für bedenklich. Man könnte hier mit kleineren taktischen Einheiten sehr viel erreichen, zum Beispiel bei einer Beatmungs-WG durch ein bis maximal zwei Helfer. Diese könnten mit Akkugeräten erst mal einen Strompuffer herstellen, bevor ein Löschtrupp für einen Stromgenerator gebunden wird. Man kann natürlich permanent mit Kanonen auf Spatzen schießen. Man kann aber auch schauen, was man mit kleineren taktischen Einheiten beheben kann.

Frau Schneider, Sie haben gefragt, welche Mittel wir vorhalten. Von einem Großteil der vorgehaltenen Mittel, gerade wenn es um die fakultativen Dinge der Hilfsorganisationen geht, wissen wir, Land und Bund nicht. Da sind wir taub und blind. Deswegen habe ich in meiner Stellungnahme als Beispiel die UNIKE der Johanniter genannt, weil ich weiß, wie sie aufgestellt wurde, wie umfänglich sie auf allen Ebenen vorgestellt

wurde und wie sie wiederholt nicht zum Einsatz gekommen ist, obwohl sie als taktischer Wert bekannt sein sollte. Sie bildet genau eine Einsatzeinheit NRW ab, die auch vorgehalten wird.

Um dieses bewusste oder unbewusste Nichtwissen ein bisschen pointierter darzustellen, bin ich auf Fragen eingegangen, die durch einen besorgten Bürger an das IM gerichtet wurden. Diese Fragen betreffen ausschließlich Dinge, die von jeder Hilfsorganisation jährlich an die Bezirksregierung zu melden sind, nämlich genau, welche Einsatzstärke in der Einsatzeinheit vorhanden ist, welche Einsatzmittel vorhanden sind, welche Einsatzfähigkeit vorhanden ist: vollständig, eingeschränkt oder nicht mehr.

Wenn das plötzlich den Regierungsbezirken nicht mehr zugeordnet werden kann, dann wurde die Frage entweder an den völlig falschen Mensch gerichtet oder von einem völlig falschen Menschen beantwortet. Oder – was wesentlich schlimmer wäre – es geht darum, dass man sich aus Sorge, jemanden zu beunruhigen, nicht ehrlich machen will. Das gehört eigentlich dazu. Selbsthilfebefähigung der Bevölkerung provoziere ich auch ein Stück weit – entschuldigen Sie den Ausdruck –, indem ich mich ehrlich mache: Wie lang ist der Zeitraum, in dem ich auf mich selbst gestellt bin, bis Basisfunktionen wiederhergestellt werden, je nach Schadenslage im positiven Sinne? Und da stelle ich einfach mal in den Raum, dass man da niemanden beunruhigen wollte. Im schlimmsten Fall ist es so, dass da Daten zusammengetragen aber nicht ausgewertet werden.

Prof. Dr. Martin Voss (Freie Universität Berlin): Auch von mir vielen Dank für die Einladung!

Die Frage war, warum Wissen nicht abgerufen und in Maßnahmen überführt wird und warum existierende Beratungsangebote nicht adäquat genutzt werden. Ich sollte drei der dabei größten Herausforderungen benennen. Dazu drei Stichworte: Ressourcen, Ressortdenken und Routinen.

Zu den Ressourcen gehört nicht nur Geld, sondern auch Zeit, weil Akteure auf allen Ebenen den Kopf freihaben müssen, um mit Herausforderungen umgehen zu können, die sie nicht auf dem Schirm hatten. Wenn man sowieso schon immer am Limit arbeitet, dann bleibt eben das außen vor, was die Routine sprengt. Das macht das Katastrophische aus: Es kommt eben ganz anders als erwartet. Per Definition ist der, der Dienst nach Vorschrift ausübt, kaum in der Lage, entsprechend flexibel zu reagieren.

Zum Geld: Es fehlt allenthalben an Ressourcen. Dabei denke ich nicht nur ans Material – das sicherlich auch –, sondern auch an Geld oder Stellenbesetzungen. Lage 2021: Wenn der Führungsstab nicht ordentlich besetzt ist – und das ist auf kaum einer Landkreisebene wirklich der Fall –, dann ist das letztlich auch eine Geldfrage. Dass da noch ganz viel anderes zu nennen wäre, auch in Richtung Geld, klammere ich erst mal aus.

Was meine ich mit Ressortdenken? Man sagt eben dem anderen Ressort nicht, was man selbst an Informationen hat. Man sagt einem anderen Land oder einem anderen Kreis nicht, was man hat. Es ist eine Art etablierte Struktur, dass man dichthält, dass man das als einen Schatz bewertet, was man hat. Man hat Angst, dass andere einem in die Karten schauen, dass die sehen können, dass man mit Zahlen arbeitet, die nicht

ganz belastbar sind. Auch gegenüber der Bevölkerung stellt man sich lieber robuster dar, als man es tatsächlich ist. Das meine ich mit Ressortdenken. Man schließt sich ab gegen tatsächliche Transparenz und Offenheit, die es aber gerade dafür braucht, sich ein adäquates Informations- und Lagebild zu machen.

Die Frage ist auch, warum Wissen nicht abgegriffen wird. Weil man aus diesem Ressortdenken heraus meint, man könne das besser alleine, weil man vielleicht irgendwo einen wissenschaftlichen Dienst oder so etwas hat. Irgendwer wird sich schon darum gekümmert haben. Das setzt man eher voraus, als dass man nach außen geht und sagt, man brauche da Expertise. Und das nächste Problem ist dann, dass man nicht weiß, wo man diese Expertise tatsächlich findet. Im Zweifel macht man eine Recherche, sucht partikular disziplinäre Expertise und pickt sich diese heraus, so wie wir jetzt hier sitzen und Stellung nehmen. Allerdings ist nur eine bestimmte Fachexpertise fast beliebig. Da braucht es eigentlich Anlaufstellen als eine Art Übersetzungsinstanz, die überhaupt in der Lage sind, dieses Angebot als Solches transparent zu machen, damit es entsprechend abgegriffen und nachgefragt werden kann.

Zu den Routinen. Verwaltungen sind nicht unbedingt darauf angelegt, flexibel Unvorgeesehenes anzugehen. Man denkt in Kanälen und in Traditionen, und man hat bei Übernahme einer bestimmten Position gelernt, wie man die Dinge dort sieht. Auch das ist nicht geeignet, um wirklich über den Tellerrand zu schauen. Das führt auch dazu, dass man wiederum das existente Wissen als Solches gar nicht erst sieht. Man ist also quasi ein Stück weit strukturiert blind.

Thomas Glade wies auf das Vertrauen hin. All das zusammengenommen übersetze ich nachher in eine Art Intransparenz und damit in ein Misstrauen. Und Misstrauen ist das Gift, das wir für eine Lagebewältigung gerade nicht brauchen. Vertrauen ist die Grundlage von allem. Ich wünschte mir ein Umdenken, weg von dieser Intransparenz und von diesem Ressortdenken hin zu einer echten Transparenz, gerade dort, wo es Sicherheitsfragen betrifft. Das alles zur Vertrauens- oder Verschlusssache zu erklären, halte ich für den ganz falschen Ansatz in Zeiten solch komplexer Herausforderungen.

Vorsitzender Dr. Martin Vincentz: Wir haben die Fragen der ersten Runde abgehandelt und beginnen mit der nächsten Fragerunde.

Christian Berger (CDU): Herr Krüger, Sie haben von der zweiten Komponente, den vordefinierten Maßnahmen gesprochen. Was meinen Sie genau damit? Woher kommen sie? Sind sie schon vorhanden oder müssen sie noch entwickelt werden?

Rodion Bakum (SPD): Herr Professor Voss, Sie schlagen die Schaffung von sogenannten Resilienz-Kompetenzzentren vor. Wie könnte deren Arbeit aussehen? An wen adressieren diese sich?

Prof.'in Dr. Gesine Hofinger (Sachverständige EK II): Herr Krüger, Sie haben die Ausbildung Erste Hilfe mit Selbstschutzhinhalten und auch die Pflegeunterstützungskräfte erwähnt. Das sind zwei relativ neue und sehr wichtige Bemühungen. Wie kann

man das in die Breite, in die Bevölkerung bringen, auch ohne Projektförderung? Was ist dafür nötig? Wie kann dafür motiviert werden?

Susanne Schneider (FDP): Herr Broemme, Sie schreiben, dass heute schon digitale Lösungen immens zu Prognosen beitragen könnten. Wie können digitale Lösungen nicht nur zur Prognose, sondern auch zur besseren Umsetzung von Maßnahmen in der Zivilverteidigung und in der zivilmilitärischen Verteidigung beitragen?

Dr. Martin Vincentz (AfD): Herr Broemme, Sie schreiben in Ihrer Stellungnahme, dass Wahrscheinlichkeiten für gewisse Krisen oder Extremwetterereignisse gar nicht die entscheidende Rolle spielen, sondern mehr ein Eilkrisenansatz verfolgt werden sollte. Was haben viele Krisen gemeinsam, weswegen man vielleicht auch auf ganz spezifische Krisen mit allgemeinen oder mit grundlegenden Dingen antworten kann?

Vorsitzender Dr. Martin Vincentz: In dieser Fragerunde wurden nicht alle Sachverständigen angesprochen. Ich würde daher mit Herrn Krüger anfangen.

Moritz Krüger (Deutsches Rotes Kreuz): Zu der Frage der CDU-Fraktion nach den vordefinierten Maßnahmen. Stellen Sie sich vor, es gibt eine Vorhersage, dass in drei, vier, fünf Tagen ein Hochwasser an einem Punkt X am Fluss ankommen wird. Wenn man, sobald die Vorhersage da ist, damit anfängt, zu überlegen, welche Maßnahmen umgesetzt werden, befindet man sich grundsätzlich im Bereich der Kapazitäten des Katastrophenschutzes. Mit einem vorausschauenden Krisenmanagement wollen wir dahin kommen, dass man diese Maßnahmen schon vordefiniert hat und, sobald diese Vorhersage vorliegt, genau weiß, was zu tun ist.

Jetzt sind wir wieder bei den vulnerablen Gruppen: Wenn Pflegeeinrichtungen oder bestimmte soziale Einrichtungen überschwemmt werden und diese Einrichtungen die Personen nicht selbst aus der Gefahrenzone bringen können, dann lautete eine dieser vordefinierten Maßnahmen, dass man diese Einrichtungen evakuiert, natürlich nur für den Fall, dass es den Menschen zuzutrauen ist und dass es auch keine andere Möglichkeit gibt.

Wie kann eine solche Maßnahme aussehen? Das ist zum Beispiel seitens einer sozialen Einrichtung grundsätzlich immer mit beispielsweise Hilfsorganisationen, aber auch mit den Feuerwehren, mit dem THW und den anderen behördlichen Strukturen, die im Katastrophenschutz tätig sind, zusammen zu organisieren. Diese vordefinierten Maßnahmen muss man aber in einer Vorausplanung, die quasi außerhalb dieser Gefahrensituation geschieht, auf den lokalen Kontext, aber auch auf die Naturgefahr zuschneiden. Das heißt, solche vordefinierten Maßnahmen sehen für ein Hochwasser komplett anders aus als für eine Hitzewelle, für einen Sturm oder für Sturzfluten. Sturzfluten sind sehr schnell agierende Hochwasser. Das muss man auch wirklich immer im lokalen Kontext sehen und kann es nur da definieren.

Dr. Sascha Rolf Lüder (Deutsches Rotes Kreuz): Grundlage für diese vordefinierten Maßnahmen ist am Ende die Bedarfsplanung, wie wir sie etwa aus dem Bereich des

Brandschutzes oder des Rettungswesens kennen. Dort sind sie gesetzgeberisch auf Länderebene für den Bereich des Katastrophenschutzes bislang noch nicht hinterlegt. Wir würden – und das Deutsche Rote Kreuz und die anderen Beteiligten, denke ich, tun das ebenfalls – es begrüßen, wenn bei der anstehenden Gesetzgebung über Brandschutz, Hilfeleistung und Katastrophenschutz sowohl auf der lokalen Ebene als auch auf der landesweiten Ebene Bedarfsplanung hinterlegt würde, ebenso wie in den anderen genannten Bereichen. Das wäre ein wichtiger Schritt. Dort könnte man solche Cluster hinterlegen, von denen der Kollege Krüger gerade gesprochen hat.

Moritz Krüger (Deutsches Rotes Kreuz): Die Frage von Frau Professorin Hofinger zielte auf die Pflegeunterstützungskräfte und die Selbsthilfeeinheiten der Bevölkerung. Sie lautete: Was braucht es, um diese Ausbildung auszurollen?

Im Prinzip gibt es diese Konzepte. Sie sind durch eine eingehende Förderung erarbeitet worden. Es braucht jetzt eine entsprechende Förderung, eine finanzielle Förderung, aber auch eine Förderung zum Beispiel der anerkannten Hilfsorganisationen, diese Konzepte in die Praxis umzusetzen. Und das kann nur auf allen Ebenen und vor allem auf der kommunalen Ebene geschehen. Das muss natürlich mit den kommunalen Behörden, beispielsweise mit der Katastrophenschutzbehörde und mit den kommunalen sozialen Einrichtungen und Behörden, zusammen geschehen. Das muss mithilfe der entsprechenden Förderung und Finanzierung in die Breite gestreut werden.

Prof. Dr. Martin Voss (Freie Universität Berlin): Die Frage ging in Richtung Resilienz-Kompetenzzentren, wie ich sie genannt habe. Das kann man so oder so benennen. Es geht mir darum, aus diesen soeben skizzierten Rahmen von Ressourcen, Ressortdenken und Routinen herauszukommen.

Es ist eben nicht mit Appellen getan. Wenn Sie Experten oder Expertinnen aus dem Feld fragen, kriegen Sie jeweils kluge Antworten, die spezifische Aspekte adressieren. Diese gibt es zuhauf. Die Frage vorhin lautete ja auch: Warum wird das nicht umgesetzt? Vielleicht eher deshalb, weil es zu viele Antworten auf zu viele Probleme gibt. Das heißt, man braucht eine Zwischeninstanz, die das Ganze aufbereitet, priorisiert und interdisziplinär sowie transdisziplinär, also unter Einbezug der Perspektive von Praxisakteuren, Anwendern usw. zu integrierten Lösungsansätzen gelangt. Und das kommt aus keiner wissenschaftlichen Disziplin alleine, sondern die müssen miteinander an Szenarien arbeiten, konkret, aber auch über den Tellerrand schauend.

Es gilt, Grundlagenforschung und die Anwendungsperspektive zusammenzubringen, etwa am Beispiel einer Pandemie, die wir nun alle konkret vor unserem inneren Auge haben, die aber auch noch ganz anders aussehen kann. Oder man nimmt einen Black-out. Es sollten Leute dauerhaft zusammen unter einem Dach an solchen Szenarien arbeiten. Das gilt nicht nur für Personen aus der Wissenschaft, sondern dazu zählen auch Behörden und Verwaltung – je nachdem, wer interessiert ist und wer die Zeit hat, das zu bestücken. Aber auch die Beteiligung von Zivilgesellschaft und Privatwirtschaft ist wichtig.

Eine Art Begegnungsraum stelle ich mir mit diesen Resilienz-Kompetenzzentren vor, mit dem Ziel, von außerhalb des behördlichen Kontextes Impulse geben und Transparenz

erzeugen zu können. Es geht darum, immer wieder den Finger in die Wunde zu legen und zu sagen: Du bist der verantwortliche Politiker vor Ort. Es braucht da mehr Geld. Ich als Bürgerin oder Bürger fühle mich nicht geschützt. – Dafür braucht es die Transparenz.

Albrecht Broemme (Zukunftsforum Öffentliche Sicherheit): Vielen Dank für die Fragen. Ich beantworte die Frage, wie man digitale Lösungen und Informationen auch im Einsatz nutzen kann, anhand von zwei Beispielen.

Wenn Einheiten über Landesgrenzen hinweg verlegt werden, um andere Einheiten zu unterstützen – das war etwa nach den Unwettern an Ahr und Erft der Fall –, dann ist es mit Blick auf Verpflegung und Unterkunft immer ein Problem, zu erfahren, wer eigentlich kommt und welche Fähigkeiten die Leute mitbringen. Man könnte schon längst ein System besitzen, in dem die Einheit, der Funkrufname, die Mannschaftsstärke, der Fahrzeugtyp und die Befähigung der Personen digital hinterlegt sind. Dann wüsste die anfordernde Stelle genau, wie sie diese Einheit einsetzen kann. Das wäre also eine sehr sinnvolle Option, wie man die Digitalisierung nutzen kann, um bei seltenen großflächigen Einsätzen zu unterstützen und um ein Durcheinander zu vermeiden.

Ein anderes Beispiel für die Digitalisierung ist die stückgenaue Erfassung von Lagerbeständen, um unter anderem zu wissen, wo Sandsäcke sind, wenn man welche braucht, wie viele man abrufen kann bzw. gefüllt werden müssen und wo Sand in welcher Qualität vorhanden ist.

Das sind Beispiele aus dem Alltagsgeschehen zum Stichwort „Hochwasser“. Während der Coronapandemie hätte man die Digitalisierung natürlich noch viel mehr gebraucht. Man muss jedoch immer damit rechnen, dass aufgrund von Stromversorgungsproblemen – es muss nicht gleich ein Blackout sein – vieles von dem nicht funktioniert, was im Rahmen der Digitalisierung sehr nützlich ist. Dann muss man wissen, wie Plan B lautet, um ohne digitale Unterstützung noch arbeitsfähig zu sein. Der Katastrophenschutz muss nämlich immer irgendwie arbeitsfähig sein.

Die zweite Frage betrifft den Allgefahrenansatz. Diesen Begriff aus dem Buch „Deutsche Strategie zur Stärkung der Resilienz gegenüber Katastrophen“ des Bundesinnenministeriums habe ich übernommen. Schon zuvor haben wir uns beim THW manchmal gefragt, was eigentlich der Anlass für eine Krise bzw. Katastrophe ist. Wir haben festgestellt, dass der Anlass letztlich egal ist. Vielmehr kommt es auf die Art der Katastrophe an.

Ein Hochwasser kann durch Starkregen, aber auch durch einen Staudammbruch verursacht werden. Der Staudamm kann brechen, weil er altersschwach ist, oder es geschieht aufgrund von Kriegseignissen bzw. Terroranschlägen. An der Küste kann Hochwasser durch die See verursacht werden. Das Hochwasser an sich ist in jedem Fall eine Gefahr für die Menschen, die davor geschützt und gewarnt werden müssen. Sie müssen sich dann natürlich auch entsprechend verhalten. Dafür ist Training erforderlich.

Insofern bin ich davon überzeugt, dass die eigentliche Ursache für eine Katastrophe nebensächlich ist, wenn man sich mit der puren Wirkung befasst und überlegt, wie man in den Bereichen „Wirtschaft“, „Zivilbevölkerung“, „Katastrophenschutz“ und „sonstige

Verwaltungen“ auf Auswirkungen der Katastrophe reagieren kann. Ich unterstütze diesen Allgefahrenansatz also; wohl wissend, dass man es natürlich anhand verschiedener Cluster sortieren kann. Die Ursache ist aber wurscht. – So lautet, etwas salopp ausgedrückt, die Antwort auf die Frage, warum wir keine unterschiedlichen Pläne je nach Ausgangslage der Katastrophe schmieden.

Vorsitzender Dr. Martin Vincentz: Wir starten in die dritte Fragerunde.

Christian Berger (CDU): Herr Dr. Glade, wie Sie in Ihrer Stellungnahme erwähnt, haben, können Sie sich vorstellen, dass es sinnvoll wäre, neue Strukturen zu schaffen. Uns interessiert, an welche Strukturen Sie denken, um die Krisenprävention in Summe zu verbessern.

Rainer Schmeltzer (SPD): Herr Memmeler, die COVID-19-Pandemie hat weltweit kein Mensch vorhergesagt. Auch bei den Starkregenereignissen im Ahrtal und an der Erft, wie wir es gerade schon von Herrn Broemme gehört haben, wurden erst im Nachgang Erkenntnisse erlangt, die sicherlich aufgearbeitet werden müssen. Wie können wir aus Ihrer Sicht sicherstellen, dass vorhandene Ressourcen, aber insbesondere auch Expertenerkenntnisse auf Basis vergangener Katastrophen effektiv genutzt werden, anstatt ständig neue Lösungen zu suchen?

Jule Wenzel (GRÜNE): Herr Glade, wie könnte ein Verfahren zur Vorhersage aussehen, um die Auswirkung von Krisen und Katastrophen möglichst vollumfänglich zu erfassen? Wie geht man in diesem Zusammenhang mit Leerstellen um, also mit Auswirkungen, die erst verzögert auftreten oder sich auf Bereiche auswirken, an die man im Vorhinein nicht gedacht hat?

Susanne Schneider (FDP): Herr Krüger, welche Herausforderungen sehen Sie bei der Erarbeitung des von Ihnen angeführten Landeskatastrophenschutzbedarfsplanes? Welche Rolle spielen dabei die beteiligten Organisationen?

Dr. Martin Vincentz (AfD): Herr Professor Voss, Sie haben eben schon etwas zur Szenarioanalyse gesagt. In Ihrer Stellungnahme führen Sie auch zu der Risikobewertung bzw. -analyse aus und schreiben, dass es dort Schwachstellen gebe. Wie könnte man eine Wahrscheinlichkeit von gewissen Dingen besser vorhersagen? Was wäre dafür technisch bzw. personell notwendig?

Vorsitzender Dr. Martin Vincentz: Alle Fraktionen haben eine Frage gestellt. Wir beginnen mir der dritten Antwortrunde.

Prof. Dr. Thomas Glade (Universität Wien): Ich komme zuerst auf die Frage zu sprechen, wie neue Strukturen aussehen könnten. Es ist schnell gesagt, dass das Bestehende nicht reiche und wir etwas Neues schaffen müssten. Ich möchte auf das zurückkommen, was ich vorhin schon gesagt hatte: Wir verfügen bereits über hervorragende

Strukturen. Es dreht sich nicht darum, etwas zu doppelten. Ich würde es eher so sehen, dass wir wie das im BBK angesiedelte Gemeinsame Kompetenzzentrum Bevölkerungsschutz vorgehen. Es sollte auch auf Länderebene etabliert werden.

Das heißt, dass man diesbezüglich in den unterschiedlichen Kontexten tätigen Einheiten identifiziert. Es geht zudem um die Frage, wie wir diese besser zusammenführen können. Das habe ich mit „neue Strukturen“ gemeint. Wie Kollege Voss vorhin gesagt hat, sollten wir nicht nur bereits existierende Ressourcen besser aufeinander abstimmen; hierbei spielt auch das Problem von Zuständigkeits- und Ressourcenfragen mit hinein. Vielmehr muss eine höher angesiedelte Institution geschaffen werden, deren explizite Aufgabe es ist, Koordinierungstätigkeiten durchzuführen.

Wie das konkret umgesetzt werden sollte, kann ich Ihnen nicht sagen. Ich als Wissenschaftler kann Ihnen nur aus meiner Beobachtung der verschiedensten Kontexte heraus sagen, dass darin immer die große Herausforderung besteht.

Wer müsste hierbei involviert sein? Meiner Meinung nach müssten die Aufgabenbereiche erstens sicherstellen, dass die Daten gesichtet werden und zur gegenseitigen Verfügung stehen. Zweitens müsste klar sein, wie wir abschätzen können, was in der Zukunft passieren könnte; kurzfristig, also morgen oder in der nächsten Woche, aber auch mittelfristig, also in einem Jahr, und langfristig, also in zehn Jahren. Dabei geht es auch um die Konsequenzen. Und es geht letztendlich darum, Szenarien abzubilden: Was könnte passieren? Wer wäre wie involviert? Wie wären die verschiedenen Akteure zu identifizieren und an welchen Zeitpunkten zu involvieren? Welche Rolle haben die Zivilgesellschaft, die Rettungsdienste und die verschiedenen Institutionen? Das wäre für mich im Sinne einer langfristigen Risiko- und somit einer Krisenprävention ganz essenziell.

Stichwort „Vorhersage“: Die zweite Frage lautete, wie man Auswirkungen abschätzen kann. Wir müssen uns einer wirklich großen Herausforderung stellen. Wir wissen, wie Überschwemmungen etwa durch den Rhein alle 10, 15, 20 oder 50 Jahre ablaufen. Das können wir vielleicht noch ein bisschen extrapolieren und uns dann hervorragend darauf einstellen. Selbst in diesem Zusammenhang gibt es schon Herausforderungen. Damit können wir allerdings ganz gut umgehen, wenn wir es wissen.

Für mich entscheidend ist: Die großen Herausforderungen bestehen darin, dass Dinge wie zum Beispiel eine Sturzflut geschehen, die wir in der Form noch nicht kennengelernt haben – sei es, dass sie in einer Magnitude bzw. Stärke auftreten, wie wir es noch nie erlebt haben; sei es, dass Prozesse an Stellen ablaufen, an denen sie früher nie aufgetreten sind; oder sei es, dass ganz neue Prozesse auftreten. Man kann natürlich die Meinung vertreten, dass alle Beteiligten damit überfordert wären. Denn: Wie sollen sie handeln, wenn sie so etwas noch nie erlebt haben?

Ich würde nicht der Aussage zustimmen, dass die Ursache selbst nebensächlich ist. Das ist vielleicht für den Bereich der Bewältigung so. Für den Bereich der Prävention, also der Vorbeugung, ist es allerdings nicht so. Wir sollten uns also überlegen, was wo passieren kann, wie sich Dinge und in der Folge die Prozesse verändern, um entlang einer Wirkungskette eine Risikoanalyse vorzunehmen: Welche potenziellen Konsequenzen

sind absehbar? Auch in einer Gesellschaft finden Veränderungen statt. Wir müssen uns fragen, wie wir das adressieren können.

Ohne Frage kommt es in Systemen manchmal zu Verzögerungen. Aber auch damit kann man sich beschäftigen.

Mein Fazit lautet: Wir müssen noch stärker in die Prävention gehen. Wir müssen uns noch intensiver überlegen, was sich bei den Ursachen verändern kann. Wir müssen uns aber auch klarmachen, was sich bei den Konsequenzen verändern kann; Konsequenzen für die Gesellschaft, die Natur und die Ökonomie. Dann muss man sicherlich prioritär abschätzen, wo wir unsere Sofortmaßnahmen umsetzen. Das alles muss auch vermittelt werden.

Insofern wäre es für mich ganz essenziell, dass wir uns auch damit beschäftigen, wie diese Wirkungsketten – man spricht von „Kaskadeneffekten“ oder auch „Dominoeffekten“ – beschaffen sind, aber nicht nur im Sinne eines Naturhaushaltes – Starkniederschläge führen zu Überschwemmungen usw. –, sondern auch im Sinne davon, wie das Geschehene sich auf die gesellschaftlichen Systeme auswirkt. Man sollte sich überlegen, wer wie betroffen ist und wer wie interagieren kann, um eine Prävention zu bewirken.

Wir können nicht alles vorplanen. Wir müssen aber versuchen, zumindest die Alltagsdinge vorzuplanen. Wir müssen uns auch mit dem beschäftigen, was wir noch nicht wissen, denn das, was an einem Ort in einer bisher nicht erlebten Form auftritt, ist der Auslöser für die Katastrophe. Darauf sind wir nämlich noch nicht vorbereitet. Für mich dreht es sich ganz wesentlich darum, das auch aus der regionalen Sicht heraus zu adressieren; zum Beispiel im Land Nordrhein-Westfalen, aber natürlich auch über die Landesgrenzen und – ich würde noch weitergehen – über die Bundesgrenzen hinaus. Die Prozesse hören schließlich genauso wenig wie die – nebenbei bemerkt – Konsequenzen an den jeweiligen administrativen Grenzen auf.

Moritz Krüger (Deutsches Rotes Kreuz): Die mir gestellte Frage drehte sich um die Herausforderungen im Zusammenhang mit dem Landeskatastrophenschutzbedarfsplan. Ich sehe drei Herausforderungen.

Nummer eins ist das Zusammenbringen der verschiedenen Akteure und der verschiedenen Ressorts. Herr Voss hat das bereits angesprochen; wir haben es im Laufe dieser Anhörung mehrmals erwähnt: Die einzelnen Ebenen und Ressorts müssen ihre Kapazitäten zusammenlegen und diesen Plan gemeinsam erarbeiten. Das sehe ich als eine der ersten großen Herausforderungen.

Das Zweite ist das Aufdecken der organisationseigenen Kapazitäten und Fähigkeiten. Jede einzelne Organisation, ob Hilfs- oder behördliche Organisation, hat eigene Kapazitäten, die in eine solche Bedarfsplanung mit eingebracht werden müssen. So vielseitig wie diese sind, so groß ist diese Herausforderung.

Das Dritte ist aus meiner Sicht die eigentliche Umsetzung. Dieser Landeskatastrophenschutzbedarfsplan muss natürlich auf die kommunale Ebene führen. Dort müssen die Rahmenbedingungen geschaffen werden. Wie diese Umsetzung geschehen kann bzw. muss, ist grundsätzlich eine sehr große Herausforderung. Hierbei müssen alle

Akteure gerade des Katastrophenschutzes, aber auch die entsprechenden behördlichen und wissenschaftlichen Strukturen mit einbezogen werden.

Dr. Sascha Rolf Lüder (Deutsches Rotes Kreuz): Ich möchte gerne Folgendes ergänzen und auf die Planungen der Landesregierung zu einem neuen Gesetz über Brandschutzhilfeleistung und Katastrophenschutz Bezug nehmen. Uns als Deutschem Rotes Kreuz ist sehr wichtig, dass man aus dieser bisherigen – ich sage es einmal etwas flapsig – Enge des Begriffes „Katastrophenschutz“ herauskommt.

Zu Beginn der COVID-19-Pandemie haben wir darüber diskutiert, ob sie eigentlich eine Katastrophe darstelle. Dann hieß es, dass es sich um eine Gesundheitslage handle. In der Gesetzesbegründung der damaligen rot-grünen Landesregierung zum jetzt gültigen Gesetz über Brandschutzhilfeleistung und Katastrophenschutz wurde die Pandemie wortwörtlich als eine „mögliche Katastrophensituation“ platziert.

Ich will damit nur deutlich machen: Man muss ressortübergreifend denken. Dieser vernetzte Ansatz ist von wesentlicher Bedeutung. Es kann eine pandemische Gefahr sein, es kann auch eine Umweltgefahr sein. Selbst wenn sie nach heute gültiger Definition nicht Gegenstand einer BHKG-Lage im strengen Sinne ist, sollte sie gleichwohl im Rahmen einer bedarfsplanerischen Analyse des Landes und in der Fortsetzung auf der Ebene der Kommunen betrachtet werden.

Magnus Memmeler (Hilfswerk für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe privater Rettungsdienste NRW): Zunächst einmal herzlichen Dank für die Definition von Katastrophe. Für mich ist eine Pandemie eine Katastrophe. Das Wort wurde wohlweislich und vortrefflich im BHKG so festgehalten. Leider wurde dieses Wissen – jetzt komme ich auf die eigentliche Frage – nicht abgerufen, als es darum ging, diese Pandemie abzuarbeiten. Das muss man einfach so pointiert sagen.

Ich bin ganz bei Albrecht Broemme: Wir müssen anfangen, Wissen digitalisiert zusammenzuführen. Bei allen unseren vergangenen Kommunikationen habe ich immer wieder auf die Drucksache 17/12051 des Bundes verwiesen, als es um Hochwasserlagen und Pandemien ging. Sowohl für die Hochwasserlagen der Vergangenheit als auch für die Pandemie war sie die Drehbuchvorlage. Das Wissen ist in vielen Bereichen schlichtweg vorhanden, was den handelnden Akteuren leider Gottes sehr häufig nicht bekannt ist, da es keine Sammlung der Daten gibt, wie von verschiedenen Personen bereits erwähnt.

Politisch und demokratisch leiden wir schlicht und ergreifend an einer Katastrophen demenz. Sobald das Wetter wieder so wie heute ist, landet der Bevölkerungsschutz genauso wie der Regenschirm vergessen in der Ecke. Schließlich regnet es gerade nicht.

Zum Thema „Einsatz von Spontanhelfenden“. Ich komme mit dem Zählen gar nicht mehr hinterher, wie viele Studien von DRK, JUH, ASB und THW finanziert wurden. Das BBK hat dazu etwas gemacht. Die Expertenkommission zu den Starkregenereignissen von 2021, der ich angehören durfte, hat sich dazu noch einmal ergossen. All diese Studien wurden gefördert. Dabei ist richtig viel Geld geflossen. Jedes Mal musste

das Feigenblatt her, um zu zeigen, dass man schnell auf das Ereignis A, B oder C reagiert habe, so der Eindruck aller Bevölkerungsschützer, die diese Katastrophendemenz auch bemängeln. Wahrscheinlich wird noch eine Studie zum Einsatz von spontan helfenden Westfalen im Vergleich zu Rheinländern folgen, um Unterschiede auszuschließen.

Albrecht Broemme hat recht: Es ist vollkommen egal, wodurch eine Katastrophe verursacht wird. Es kommt immer drauf an, welchem Schaden man gerade begegnen muss. Wohlweislich kann ich zwischen Hochwasser, Staudamm oder was auch immer differenzieren. Die Schädigung der Infrastruktur wird im großen Maße allerdings immer identisch sein. Daher muss man einfach damit beginnen, die vorhandenen Dinge zu digitalisieren, sodass es jedem Handelnden, egal ob im Ministerium, in der Bezirksregierung oder auch auf kommunaler bzw. lokaler Ebene, durch eine Schlagwortsuche möglich ist, vorhandene Konzepte abzurufen, um zum Beispiel in kommunalen Krisenstäben zu außergewöhnlichen Ereignissen oder im BBK handlungsfähig zu sein.

Ich habe es mir erlaubt, als Muster zum Einsatz von Spontanhelfenden erneut auf die Ausarbeitung des BBK hinzuweisen. Sie ist vorhanden und muss schlussendlich irgendwann abruffähig in jedem Rathaus liegen. So hätte jeder bei der Beantragung eines neuen Personalausweises die Chance, nachzuschauen, wie er sich einbringen kann, wenn es so weit ist. Dann kämen wir auch einige Meter voran, was den Einsatz von Spontanhelfenden und die Resilienz der Zivilbevölkerung, also die Bürgerinnen und Bürger, betrifft.

All das Wissen ist vorhanden. Wir müssen es, gegebenenfalls moderiert, zur Verfügung stellen. Wenn in – auch das gibt es mittlerweile – VHS-Kursen die Selbsthilfebefähigung von lokal bekannten Bevölkerungsschützern bzw. Katastrophenhelfern einmal grob umrissen wird, dann ist auch eine sehr große Bereitschaft der Bevölkerung vorhanden, sich Wissen anzueignen: Welche Lebensmittel muss ich im Keller bevorraten? In welchen Mengen muss Trinkwasser vorhanden sein? Lohnt es sich für mich, einen Stromgenerator zu kaufen?

Mein klarer Aufruf ist: Diese Demenz der Behörden und der Politik nach Katastrophen muss aufhören. Das erarbeitete und mehrfach bezahlte Wissen muss endlich in Datenbanken zusammengefasst werden. Wie eben erwähnt, werden die unterschiedlichsten Ressourcen in unterschiedlichsten Hilfsorganisationen vorgehalten und müssen zumindest lokal zusammengeführt werden, damit klar ist, wer was leisten kann. „Haben“ ist im Ereignisfall immer besser als „suchen“.

Prof. Dr. Martin Voss (Freie Universität Berlin): Die Frage war, was sich bei der Risikoanalyse verbessern ließe. Erlauben Sie mir, kurz auf zwei Dinge zu sprechen zu kommen; Thomas Glade und Herr Memmeler nahmen darauf Bezug. Wir müssen eigentlich nur wissen, was die Katastrophe mit uns macht. Es ist wirklich ganz wichtig, hierbei zwischen Prävention und Bewältigung zu differenzieren.

Für die Bewältigung ist es in der Konsequenz vielleicht ganz egal – das können die Operativen besser beurteilen als ich –, für die Prävention hingegen ist es natürlich ganz entscheidend, zu wissen, woher überhaupt das Schadenspotenzial kommt. In

der Regel ist es nicht das Wasser. Das Wasser ist ein Teil des Problems, aber wie es fließt, in welche Bebauungen und welche Infrastrukturen hinein, ist sozial determiniert. Dadurch wird später die Katastrophe ausgelöst. Also ist nicht das Wasser die Ursache, sondern das komplexe Drumherum, auf das man genau schauen muss.

Jetzt komme ich zu meinem eigentlichen Punkt, der Risikoanalyse, und kann das zuvor Gesagte dort wieder aufgreifen. Wir alle haben eine Pandemie erlebt. Wir sind immer noch mittendrin, da wir mit den in alle Richtungen wirkenden Konsequenzen zu tun haben, auch wenn sich das für viele durchaus ganz anders darstellen mag.

Man denkt in Schubladen und glaubt, dass Pandemie etwas mit einem Virus zu tun hat. So sind wir auch 2012 bei einer inzwischen weithin bekannten Risikoanalyse an die Sache herangegangen. Damals wurde sie kaum zu Kenntnis genommen. Darin steht ein Stück weit das Drehbuch zumindest für die Anfangsphase der Pandemie. Dort hätte man das durchaus nachlesen können. Die Wahrscheinlichkeit für ein solches Ereignis wurde auf 100 bis 1.000 Jahre taxiert; sei es drum. Ich würde sie für die Zukunft ganz anders taxieren, nämlich als sehr viel wahrscheinlicher einschätzen. Heute sind wir alle klüger als 2012.

Diese Risikoanalyse war also vorhanden. Daraus wurde aber praktisch nichts gemacht. Was darin steht, umfasst allerdings bei Weitem nicht die Komplexität, die eine Pandemie ausmacht. Mit einer Pandemie verbindet man, dass man dazu einen Virologen befragen muss, der uns sagt, wie mortal das Virus ist, wie es sich ausbreitet und überträgt usw. Das wird allerdings noch lange nicht übersetzt in Bildungsfragen, soziale Vulnerabilitäten und langfristige Auswirkungen bis hin zu globalen Instabilitäten, durch die gesamte Ökonomien ins Wanken geraten oder Versorgungsengpässe entstehen usw.

Die von Thomas Glade angesprochenen Wirkungsketten sind die Pandemie. Sie sind nicht sozusagen ein Effekt eines virologischen Problems, sondern sie machen die Pandemie aus. Bei Risikoanalysen besteht das Problem in diesem Zusammenhang darin, dass sie viel zu eng gefasst sind. Wir blicken auf diese einseitigen Ursache-Wirkungsketten, die konkret greifbar bzw. messbar sind, die sich irgendwie gestalten lassen und bei denen man einzelne Fachexpertisen addieren kann. Wir öffnen uns aber nicht für die damit einhergehende Wechselwirkung bzw. für die Dynamik.

In der Pandemie wird Kommunikation zum entscheidenden Kapital, wie wir gesehen haben. Es geht um etwas ganz Weiches wie Vertrauen, nicht nur um die Anzahl der Krankenhausbetten oder der Beatmungsplätze. Das alles macht die Pandemie aus.

Ich bin in Bezug auf die technische Seite nicht der Richtige dafür, Risikoanalysen zu beurteilen. Natürlich sollten wir über – Herr Memmeler hat es angesprochen – adäquate Informationssysteme verfügen. Wir sollten die Daten und Informationen aggregieren können. Der Datenschutz bremst massiv aus, bei vielen Aspekten zu Recht. Juristen müssen von außen kritisch darauf blicken und prüfen, ob es Sonderregelungstatbestände in folgendem Sinne gibt: Wenn es tatsächlich um den Schutz und die Rettung von Menschenleben geht, muss dem Datenschutz eine andere Bedeutung zukommen als unter Alltagsbedingungen. Man könnte es dann anders sichern, indem ein Dritter hinzugezogen werden muss, bevor so etwas passieren darf.

Die technische Seite kann ich, wie gesagt, nicht gut beurteilen, aber letztlich ist sie in einen sozialen Bewertungsprozess einzubetten. Wir müssen in Arbeitsgremien entlang von Szenarien darüber diskutieren, was an diesem zunächst einfach erscheinenden Problem noch alles dranhängt. Dann haben wir es mit Ursachen, Konsequenzen und Vulnerabilitäten zu tun. Wir müssen die Reaktionen mit einbeziehen: Wie verhält sich die Bevölkerung? Führt dies wiederum zu weiteren Problemen? Wie gehen wir damit um? Das alles wäre möglich. Wir sind aber so weit von einem – ich würde sagen – zeitgemäßen Ansatz entfernt, dass es noch ein langer Weg ist.

Vorsitzender Dr. Martin Vincentz: Damit sind wir bei der nächsten Fragerunde angelangt.

Christian Berger (CDU): Herr Memmeler, ich möchte auf Ihre Stellungnahme eingehen. Ihre Einschätzung zum Stichwort „Expertenbewertungen“ ist, dass diese den handelnden Personen und Ministerien nicht wirklich bekannt bzw. nicht zugänglich waren. Wie kommen Sie zu dieser Einschätzung? Was könnte man aus Ihrer Sicht verbessern, um zukünftig sicherzustellen, dass das passiert?

Prof. Dr. Harald Karutz (Sachverständiger EK II): Herr Krüger, meine Frage geht etwas ins Detail. In der Stellungnahme haben Sie über ein Best-Practice-Konzept – diesen Bochumer Junior-Sicherheitsexperten-Pass bzw. diese -Fibel – geschrieben. Das finde ich sehr interessant und spannend, da es ein wertvoller Beitrag zur Förderung der gesellschaftlichen Resilienz ist. Bei Kindern früh damit anzufangen, halte ich für sehr sinnvoll. Können Sie ein bisschen mehr dazu sagen, was sozusagen die Gelingenbedingungen für dieses Projekt in Bochum waren? Wie wurde es etabliert, und welche konkreten Erfahrungen damit liegen vor?

Jule Wenzel (GRÜNE): Meine Frage richtet sich an Herrn Memmeler und unter Umständen auch an Herrn Krüger sowie Herrn Lüder – je nachdem, ob auch Sie das beantworten möchten. Wie stehen Sie zu der verpflichtenden Einrichtung von SAE, also Stäben für außergewöhnliche Ereignisse, und entsprechenden Schulungen nicht nur in den kreisfreien Städten, sondern vor allen Dingen auch in den kreisangehörigen Gemeinden?

Susanne Schneider (FDP): Herr Professor Voss, bei meiner Frage geht es um das Thema „Datenschutz“: Gibt es Positivbeispiele für die von Ihnen angesprochenen Plattformen, auf den Menschen unter höchster Datensicherheit selbst Informationen hinterlassen können? Gelten diesbezüglich deutsche Datenschutzgesetze bzw. die Datenschutzgrundverordnung, oder wie ist das geregelt?

Dr. Martin Vincentz (AfD): Herr Professor Glade, wir haben vorhin gehört, dass der Unterschied zwischen einem Ereignis und einer Katastrophe die Reaktion des Menschen darauf ist. Es ist natürlich immer auch eine Frage der Vorbereitung. Je unwahrscheinlicher ein Ereignis wird, desto höher ist auf der anderen Seite die Gefahr, dass

es zu einer Katastrophe wird, weil die allgemeine Bereitschaft geringer ist, Geld in die Hand zu nehmen und beispielsweise in eine Vorbereitung zu investieren. Wie kann man diesen relativ logisch-simplen Konflikt gesellschaftlich lösen, sodass die Politik und die Menschen bereit sind, für seltene, aber unter Umständen schädliche Ereignisse Geld in die Hand zu nehmen?

Vorsitzender Dr. Martin Vincentz: Wir beginnen mit der Antwortrunde.

Prof. Dr. Thomas Glade (Universität Wien): Herr Vincentz, zu Ihrer Frage: Man muss einfach deutlich machen, was die potenziellen Konsequenzen wären und dass man im Katastrophenfall unter großen Unsicherheiten agieren müsste. Wir wüssten nicht genau, wie die Situation wäre und wie es weiterginge. Während der Coronapandemie etwa mussten wir kontinuierlich evaluieren. Gleichermaßen müssen wir uns trotzdem überlegen, was wir tun könnten. Dazu müsste man sich vorher mit der Frage beschäftigen, welche Informationen notwendig wären, um mit unwahrscheinlichen Fällen bzw. Dingen, die wir so noch nicht erlebt haben, umgehen zu können.

Ich möchte noch auf einen Aspekt hinweisen. Eben sind die Risikoanalysen angesprochen worden. Natürlich ist es sinnvoll, sich gut zu überlegen, was passieren kann und welche Modelle zur Abbildung wir entwickeln können. Allerdings basieren diese Modelle doch eigentlich immer auf dem, was wir aus der Vergangenheit kennen. Eine weitere große Herausforderung für unsere komplette Gesellschaft ist, dass Dinge in der Zukunft anders sein werden, als wir sie bisher kennengelernt haben.

Was heißt das für unsere Modelle? Die Modelle sind auf Basis der Kenntnis des Früheren entwickelt worden, das heißt: Vielleicht sind viele der Modelle, die wir bisher als Basis nutzen, gar nicht mehr anwendbar oder müssen sehr stark überdacht werden, weil alles im Wandel ist – sei es durch den Klimawandel oder sei es durch die Gesellschaft. Die Gesellschaft ändert sich auch, wie der Kollege Voss ebenfalls gesagt hat. Denken Sie einmal darüber nach, wie es vor 15 Jahren ohne Mobiltelefone und die Digitalisierung war und wie es heute ist.

Ich sage das deshalb, weil ich der festen Überzeugung bin, dass bisher gut etablierte Ansätze trotzdem immer wieder in folgendem Sinne evaluiert werden müssen: Welche Annahmen habe ich für diese Ansätze zum Beispiel hinsichtlich der Risikoanalysen getroffen? Wie verändern sich diese Annahmen in Raum und Zeit entsprechend der jeweiligen Maßstäbe auf kommunaler, auf Landes- oder auf Bundesebene? Wie verändern sich die Rahmenbedingungen, und welche Konsequenzen folgen daraus? Das kann man den Betroffenen durchaus deutlich machen, um daraus abzuleiten, dass die Schaffung bestimmter Ressourcen notwendig ist. So können wir uns mit dem beschäftigen, was in der Zukunft auftritt und über das wir noch nicht genau, wie es auftritt.

Mit „Ressourcen“ meine ich die Finanzen, also Geld, und Personal, aber ebenso die institutionellen Ressourcen im Zusammenhang mit den übergreifenden Institutionen. Es geht um die Frage, wie ich eine Einheit etablieren kann, die sich genau damit beschäftigt. Es bringt nichts, irgendwelche Pamphlete darüber zu schreiben, was man tun könnte, wenn diese in der Schublade landen. Vielmehr müssen wir das operationalisieren. Die Verantwortlichen müssten mit den entsprechenden Ressourcen Stand-

beine bereitstellen, damit wir uns Gedanken darüber machen können, was in der Zukunft potenziell passieren könnte, wie sich Dinge verändern könnten und was ganz neu auftreten könnte.

Wenn jetzt zum Beispiel ein Erdbeben aufträte, wie gingen Sie dann vor? Wissen Sie, was Sie tun müssten? Das wäre also ein ganz unwahrscheinlicher und sehr seltener Fall, aber es kommt auch im Rheinland – vielleicht nicht so sehr bei Ihnen – zu Erdbeben. Denken Sie an Bonn oder Köln. Dort wären große Konsequenzen zu erwarten, weil man sich bisher damit noch nicht so intensiv auseinandergesetzt hat. Vor allem reden wir über das, was wir kennen: Stürme und Überschwemmungen.

Dr. Sascha Rolf Lüder (Deutsches Rotes Kreuz): Zunächst zu der Frage zu der Bochumer Junior-Sicherheitsexperten-Fibel: Das ist ein wunderbares Beispiel dafür, welchen Mehrwert Ehrenamt im Katastrophenschutz hat. In diesem Fall hat die Rektorin einer Grundschule, die sich seit vielen Jahren im Deutschen Roten Kreuz engagiert, sozusagen beide Bereiche zusammengebracht, indem sie als Pädagogin, aber auch als Katastrophenschützerin mit den handelnden Akteuren der Stadtgesellschaft – Politik, Verwaltung, Feuerwehr und Hilfsorganisationen – die Idee zu dem Junior-Sicherheitsexperten entwickelt hat. Spielerisch und niedrigschwellig hat sie die Themen „Gesundheit“, „Sicherheit“ sowie „Gefahren- und Katastrophenabwehr“ im Unterricht sehr erfolgreich platziert.

Dieses Modell wird mittlerweile auch in anderen Städten diskutiert. Es zeigt, dass man letzten Endes vor Ort immer interessierte Akteure in den verschiedenen Bereichen benötigt, um es – zu neudeutsch – promoten bzw. platzieren zu können.

Zur Frage von Frau Wenzel nach den Stäben für außergewöhnliche Ereignisse: Das Deutsche Rote Kreuz spricht sich mit Nachdruck dafür aus, dass Stäbe auch auf der kreisangehörigen Ebene analog zu den Krisenstabstrukturen in kreisfreien Städten und Kreisen etabliert werden. Das haben wir so auch in unseren jeweiligen Stellungnahmen platziert. Dazu gehören natürlich die entsprechenden Schulungen, die verpflichtend sein sollten.

Wir hielten es gleichwohl für zielführend, wenn man vor dem Hintergrund, dass im Moment die Kreise und kreisfreien Städte die – das sollte aus unserer Sicht auch unangetastet bleiben – untere katastrophenschutzbehördliche Ebene abbilden, im Krisenmanagement erst ab dieser Ebene von Krisenstäben spräche. Das ist allerdings eine Frage der Nomenklatur. Die Einrichtung der Stäbe als solche befürworten wir mit Nachdruck.

Magnus Memmeler (Hilfswerk für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe privater Rettungsdienste NRW): Auch wenn die Reihenfolge der Fragen eine andere war, beantworte ich zunächst gerne die Frage nach den Krisenstäben. Neben dem DRK befürworten VGBF, die Feuerwehrverbände und die Hilfsorganisationen diese SAE, damit die – ein geflügeltes Wort – „Aufwuchsfähigkeit im Katastrophenfall“ gegeben ist. Bis sich übergeordnete Strukturen geordnet bzw. gesammelt haben und funktionsfähig agieren können, vergeht ein gewisser Zeitraum.

Als Maßstab habe ich in meiner Stellungnahme Kommunen ab 30.000 Einwohnern genannt. In kleineren Städten wird es schwierig, entsprechende Personen nicht nur zu identifizieren, sondern im Ernstfall auch dauerhaft abberufen zu können. Dann müsste nämlich der Fächer breit gemacht werden: Aus welchem Ressort könnten jeweils drei oder vier Leute bereitgestellt werden, damit auch im Urlaubsfall immer jemand verfügbar ist?

Ob das Kommunen mit 30.000 oder mit 50.000 Einwohnern betrifft, darüber kann man sich streiten. Diese Stäbe für außergewöhnliche Ereignisse sollten vorhanden sein, damit auch auf kommunaler Ebene klar ist, was ein Baubetriebshof leisten kann, was man mit Sandsackfüllanlagen vor Ort hinbekommt, bevor man überregional beliefert werden muss – im schlimmsten Fall mit Sandsäcken, die an demselben Fluss bereits fünfmal verplant wurden. Nur so kann man sich auf lokaler Ebene committen und aufwuchsfähig arbeiten.

Zusätzlich würden durch diese Stäbe für außergewöhnliche Ereignisse auch die hier sehr häufig genannten Risikoanalysen angestoßen, nämlich auf kommunaler Ebene: Was kann uns passieren? Warum wurden in der Vergangenheit Stromverteilerkasten in Flutgebieten gebaut? Warum wurde das Gerätehaus der Freiwilligen Feuerwehr in einer Senke gebaut, sodass die Einsatzkräfte bei einem Gewitter immer auf den ALDI-Parkplatz fahren müssen, um einsatzfähig zu bleiben? Durch diese Stäbe für außergewöhnliche Ereignisse würden also lokale Risikoanalysen befördert.

Dies würde auch zu der von mir geforderten Ehrlichkeit darüber beitragen, was wir überhaupt leisten können und ab wann die Bürgerinnen und Bürger im Boot sind. Diese Ehrlichkeit geht der Gesamtdiskussion – mit Verlaub – ein Stück weit ab. Es werden immer nur wunderschöne Konzepte präsentiert und wunderschöne Einsatzeinheiten fototauglich abgebildet, aber niemand gibt ehrlich zu, ab wann diese zu 100 % einsatzfähig wären und welche davon überhaupt noch zu 100 % vorhanden sind.

Über diese lokalen Konzepte werden Einheiten bzw. Komponenten unter anderem von Hilfsorganisationen erfasst, die auch nur auf lokaler Ebene bekannt sind. Bis wir das Ganze zu den Wissensdatenbanken der Bezirksregierungen und der Landesebene hochgetragen haben, werde ich – mit Verlaub – so alt sein, dass ich in diesem Kreis nicht mehr sitze. Daher hat es Sinn, es zunächst einmal auf lokaler Ebene abzubilden.

Stichwort „Expertenbewertung“: Ich komme zu der Frage der CDU, warum das Wissen immer wieder verschwindet bzw. nicht mehr zugänglich ist. Ich weiß es nicht. Ich kann nur rekonstruieren und erneut auf die Drucksache des Bundes mit Pandemiehintergrund hinweisen: das Drehbuch schlechthin! Es hätte sowohl dem Bundesgesundheitsministerium als auch allen Landesministerien bekannt sein müssen. Schließlich handelt es sich um den GAU, der den Gesundheitsbereich treffen kann. Man hat fröhlich zugeschaut, wie bei Webasto nach der Rückkehr von Außendienstlern – Ingenieuren – aus Asien die ersten sechs Coronafälle aufgetreten sind. Man hat abgewunken und gesagt: Ach Gott, bis das in Schleswig-Holstein ist ...

Die Verbreitungsszenarien, wie exponentiell sich so ein Virus vermehren kann, sind bekannt. Aber auch in NRW hat man gewartet, bis plötzlich der Kreis Heinsberg in aller Munde war, und fröhlich gesagt: Karneval machen wir noch. – Warum das ignoriert

wurde und warum niemand gesagt hat: „Ich weiß, in welcher Schublade das Konzept liegt“, kann ich Ihnen nicht sagen. Ein Grund ist wahrscheinlich, dass es diese Datenbanken, in denen Wissen über bereits erarbeitete Szenarien abgerufen werden kann, immer noch nicht gibt.

Wichtig ist darüber hinaus – deswegen auch die permanente Demenz nach Katastrophen –: Das zum Beispiel über den Einsatz von Spontanhelfenden erarbeitete Wissen muss regelmäßig in Übungen verfestigt werden. Wenn ich dieses Wissen besitze und sich zig Experten einig darin sind, dass Katastrophenschutz genau auf dieser Basis funktionieren könnte, muss es in ein Konzept eingepflegt und auf lokaler, Bezirks- und Landesebene einstudiert werden. Wenn es den handelnden Personen bekannt ist und in Stäben trainiert wird, dann gerät es auch nicht mehr in Vergessenheit.

Wenn aber vorhandenes Wissen nicht in Form von Konzepten und Übungen etabliert wird, dann werden wir immer wieder an einen Punkt gelangen, an dem gegebenenfalls eher die WirtschaftsWoche als ein Staatssekretär über die erwähnte Drucksache berichtet.

Prof. Dr. Martin Voss (Freie Universität Berlin): Ich gehe kurz auf das gerade von Herrn Memmeler Gesagte ein und komme damit direkt zu meinem Punkt: Ich glaube, eine Ahnung zu haben, warum das Wissen nicht abgerufen wird bzw. nicht vorhanden ist. Hauptverwaltungsbeamte, also eine Landrätin oder ein Landrat, wissen oft überhaupt nicht, welche Verantwortung sie in diesem Zusammenhang tatsächlich tragen. Im Krisenfall sind erst einmal andere ordnungsrechtliche Dinge vorrangig, die das Alltagsgeschäft prägen. Darauf richtet man seine Aufmerksamkeit und spärlichen Kapazitäten aus – that's it. Dann käme man gar nicht auf die Idee, die Daten oder Informationen abzufragen, selbst wenn sie irgendwo wären.

Dort muss man hinkommen. Das Angebot fehlt deshalb, weil wir die Daten nicht aggregieren und Information nicht ordentlich aufbereiten. Das eigentliche Problem aber ist, dass man erst gar nicht danach sucht.

Zu der Frage von Frau Schneider, wie man den Datenschutz in Bezug auf die häusliche Pflege von Angehörigen verbessern könnte und wo die Probleme sind. Ich habe keine Positivbeispiele. Ich habe nur gehört, dass private Initiativen versuchen, Informationen zusammenzutragen, indem sich dort Menschen auf freiwilliger Basis registrieren lassen. Dort besteht ein Regelungsbedarf.

Es überschreitet meinen Beritt, deshalb will ich nicht zu viel dazu sagen. Ich kann nur so viel sagen: Wir haben ein großes Forschungsprojekt, das Verbundprojekt „KOPHIS“, für das BMBF durchgeführt. Es hat sich ausführlich mit der Pflege von Privatpersonen durch Angehörige im Katastrophenfall beschäftigt. Ein dazu beauftragtes Rechtsgutachten ist zu dem Befund gekommen, dass personenbezogene Daten grundsätzlich geschützt sind. Sie dürfen per se nicht einfach weitergegeben werden.

In besonderen Fällen, wenn es um den Schutz und die Rettung von Menschenleben geht, besteht eine Ausnahmemöglichkeit, die bisher aber nicht in Angebote zur gezielten, strukturierten Erfassung von zu Hause Gepflegten übersetzt wurde. Mehr will ich dazu nicht sagen, weil ich ansonsten ins Wanken gerate. Ich kann nur anbieten, dieses

Rechtsgutachten bzw. die Informationen daraus im Nachgang zur Verfügung zu stellen, falls insbesondere in Bezug auf das Projekt „KOPHIS“ Bedarf besteht. Diesbezüglich habe ich gelernt, dass die Situation von zu Hause Gepflegten hochgradig vulnerabel ist und gesellschaftlich kaum beachtet wird. Wenn man also irgendwo ganz konkret etwas tun will, dann sollte man dorthin schauen.

Vorsitzender Dr. Martin Vincentz: Wir sind am Ende der vierten Antwortrunde und starten mit der fünften Fragerunde.

Christian Berger (CDU): Herr Broemme, Sie haben erwähnt, dass europaweit Übungen stattfinden. Um welche Art von Übungen handelt es sich konkret? Warum nehmen wir daran bisher nicht teil?

Rainer Schmeltzer (SPD): Ich habe eine Frage an das Deutsche Rote Kreuz und darüber hinaus an die Hilfsorganisationen. Wir konnten nicht alle einladen, aber ich denke, dass Sie mit Ihren Kolleginnen und Kollegen an vielen Stellen einer Meinung sind. Eben haben wir mehrfach etwas zu Erfahrungen aus der COVID-19-Pandemie und aus den Starkregenereignissen gehört. Wie bewerten Sie gerade im Nachgang zu den großen Katastrophen die Zusammenarbeit zwischen Behörden, Organisationen, Politik und insbesondere der Bevölkerung in der Risiko- und Krisenkommunikation? Ich meine sowohl die interne als auch die externe Krisenkommunikation.

Susanne Schneider (FDP): Herr Krüger, meine Frage dockt ein bisschen an die Frage von Rainer Schmeltzer an: Welche Rolle spielen die kommunalen Behörden und Organisationen Ihrer Meinung nach bei der Sensibilisierung der Bevölkerung für Risiken und bei der Umsetzung von Maßnahmen zur Risikominderung?

Vorsitzender Dr. Martin Vincentz: Das waren die Fragen aller Fraktionen in der fünften Runde.

Moritz Krüger (Deutsches Rotes Kreuz): Zur Frage nach der Zusammenarbeit zwischen den Behörden und Hilfsorganisationen bei der Krisenkommunikation: Die Starkregenereignisse von 2021 im Ahrtal haben die Organisationen sowohl intern als auch extern definitiv aufgerüttelt. Das Bewusstsein für die Lücken im Katastrophenschutz bzw. in der Krisenkommunikation wurde deutlich gestärkt. Das haben wir alle ohne Frage sehr deutlich gemerkt.

Ich kann nur für das Deutsche Rote Kreuz sprechen. Uns im Verband ist sehr deutlich geworden, dass wir in vielen verschiedenen Bereichen über sehr gute Kapazitäten verfügen, wir aber in sehr vielen anderen Bereichen – Stichwort: Spontanhelfende – deutlich besser werden müssen. Aus diesen Gründen investieren wir zum Beispiel in genau diese Konzepte.

Ich bin nicht ganz der Meinung, dass es nur bei der Konzeption bleibe. Vielmehr üben wir das auch. Herr Memmeler, ich gebe Ihnen vollkommen recht: Wir müssen diese Dinge üben, üben, üben, sodass sie in die Praxis übertragen werden.

Die gesamte Zusammenarbeit aller Behörden bzw. aller Akteure wage ich nicht zu bewerten.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Schade!)

In der Gesamtheit beobachten wir aber deutliche Fortschritte sowohl auf der behördlichen Bundesebene als auch in den Hilfsorganisationen und bei der Zusammenarbeit der anerkannten Hilfsorganisationen. Allen ist bewusst, dass wir im Katastrophenschutz und Krisenmanagement nicht nur im Zuge des Klimawandels, sondern grundsätzlich deutlich besser werden müssen.

Zur Rolle der kommunalen Behörden und der Risikokommunikation generell. Die kommunalen Behörden stellen die Ebene dar, die zur Umsetzung des Ganzen führt. Ohne sie geht es nicht. Das DRK setzt sich stark dafür ein, diese Risiken auch zu kommunizieren: Wo sind welche Überschwemmungsflächen? Welche Kapazitäten besitzen wir? In welchem Bedarfsfall würden welche Aktivitäten durchgeführt? All das muss auf der kommunalen Ebene geschehen.

Wir haben über Selbsthilfeaktivitäten und -fähigkeiten diskutiert. Auch das muss bis auf die kommunale Ebene hinuntergehen. Die Untere Katastrophenschutzbehörde als erster und prioritärer Akteur setzt genau das um. Auch die entsprechenden Organisationen, zum Beispiel die Hilfsorganisation, und alle beteiligten Akteure setzen das um. Die vorhin genannte Schule ist eines der Beispiele, bei denen klar wird, dass die Kraft zur Umsetzung der Risikokommunikation auf kommunaler Ebene enorm groß ist. Genau dort müssen wir ansetzen, und genau dort findet die eigentliche Umsetzung statt, um von der Konzeption zur Praxis zu kommen.

Albrecht Broemme (Zukunftsforum Öffentliche Sicherheit): Die Frage lautete, welche EU-Übungen es schon gab und was geübt wurde. Von der EU komplett oder überwiegend finanzierte Übungen, bei denen bestimmte Verfahren eingeübt wurden, fanden zum Beispiel in Luxemburg, Frankreich, Schweden, auf dem Balkan, in – als es noch Teil der EU war – Großbritannien sowie in Island und Norwegen statt. Sie fanden bisher nie in Deutschland statt.

Die Themen reichten von Erdbeben und Starkregen über Fluchtbewegungen bis hin zu ABC-Übungen. In Norwegen wurde zum Beispiel eine große Tunnelbrandbekämpfung geübt. Es handelte sich immer um Übungen, bei denen die Akteure das – so hieß es damals – EU-Gemeinschaftsverfahren kannten, Englischkenntnisse mitbrachten und bestimmte Ausbildungslehrgänge besucht hatten. Es waren sozusagen Übungen für Insider.

In Deutschland bestand offensichtlich lange die Meinung, dass es vielleicht angemessen ist, wenn sich zumindest das THW an solchen Übungen beteiligt, da es aufgrund einer weltweiten Ausrichtung solche Übungen ohnehin beherrschen muss und solche Verbände ohnehin kennt. Von anderen Akteuren war lange Zeit nicht die Rede, da man sich, auch zu Recht, nicht vorstellen wollte – ich betone: wollte –, dass es jemals

Einsätze geben könnte, bei denen infolge besonderer Lagen Einheiten aus dem Ausland uns in Deutschland helfen. Lange Zeit hatte ich bereits darauf hingewiesen, dass man Löschflugzeuge auch einmal in Deutschland einsetzen müsste. Die Innenministerkonferenz hat beschlossen, das nicht zu tun, weil man es nicht brauche.

Ein anderes Beispiel waren ABC-Lagen, also atomare, biologische und chemische Gefahrenlagen. Im Ernstfall sind wir diesbezüglich schnell mit unserem Latein am Ende. Das alles wurde bislang abgelehnt.

Inzwischen ändert sich die Einsicht, wozu auch die Entwicklung der Sicherheitslage beigetragen hat. Nun besteht ein großer Ausbildungsnachholbedarf. Ohne Englischgrundkenntnisse – sie müssen nicht sehr groß sein – kann man schlecht an internationalen Übungen teilnehmen. Es sei denn, man beschränkt sich auf Österreich, die Schweiz und Luxemburg.

Solche Übungen kosten Geld und müssen sehr sorgfältig vorbereitet werden, aber sie sind sowohl für ehrenamtlich als auch hauptamtlich Beteiligte ein besonderes Erlebnis, aus dem man besonders viele Erkenntnisse mitnehmen kann. Es ist schade, dass dies bisher aufgrund eines generellen Desinteresses an diesem Thema nicht der Fall war.

Vorsitzender Dr. Martin Vincentz: Wir machen mit der sechsten Fragerunde weiter.

Rodion Bakum (SPD): Ich habe eine Frage primär an Herrn Broemme, aber auch Herr Memmeler darf sie gerne beantworten. Wir haben heute häufiger den Begriff der Katastrophendemenz gehört. Ich als Arzt, der in der Nervenheilkunde tätig war, muss bedauerlicherweise sagen: Die meisten Demenzformen sind irreversibel. Ich hoffe, das ist bei unserem Thema nicht so. Welche Strategien oder Möglichkeiten gibt es, der Katastrophendemenz vorzubeugen bzw. sie „medizinisch“ zu behandeln, wenn sie im Fall der Katastrophe eintritt?

(Jule Wenzel [GRÜNE]: Nach der Katastrophe!)

Vorsitzender Dr. Martin Vincentz: Es gibt keine weiteren Fragen.

Magnus Memmeler (Hilfswerk für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe privater Rettungsdienste NRW): Was die Katastrophendemenz betrifft, hätte Albrecht Broemme wahrscheinlich deutlich mehr Beispiele als ich, da er schon länger im Geschäft ist und die Katastrophendemenz schon diverse Male vor mir beklagt hat.

Was kann man dafür tun, dass diese Demenz zukünftig unterbleibt? Wir haben schon mehrfach erwähnt, was dazu erforderlich ist, nämlich dass man die bestehenden Erkenntnisse tatsächlich würdigt, ernst nimmt, in Konzepte einfließen lässt, Übungen durchführt und in Bezug auf Europaeinsätze genau diese Arroganz – „es wird uns schon nicht treffen, und jetzt haben wir ja etwas in der Schublade“ –, die Albrecht Broemme gerade bemängelt hat, nicht an den Tag legt.

Warum nicht KVP – kontinuierliche Verbesserungsprozesse – auch in der Politik leben? Es wird durch eine Katastrophe, ein Schadensereignis oder wodurch auch immer ein

Anstoß gegeben. Daraus erwächst die Erkenntnis, was notwendig wäre, welche Risiken bestehen und welche Maßnahmen tauglich wären; alles im Konjunktiv. Es wird beim Konjunktiv bleiben, wenn wir nicht irgendwann in das Doing kommen und die Erkenntnisse in das Handeln, die Vorbeugung und in regelmäßige Risikoanalysen – was kann passieren, wenn ...? – einfließen lassen. Wenn wir das nicht tun – ich bleibe bei dem Beispiel der Elektroverteilerkästen; Strom und Wasser haben sich noch nie gut vertragen –, dann werden wir auch in 20 Jahren noch Verteilerkästen in solche Senken bauen. Das ist nicht gut.

Man muss einfach die notwendige Erkenntnis gewinnen, wenn man durch ein Schadensereignis, eine Pandemie, ein Hochwasser oder wodurch auch immer wachgerüttelt wurde. Nach jedem dieser Ereignisse – seien es diverse Oderhochwasser, die Herr Broemme begleiten durfte, oder was auch immer – sind Krisenstäbe gebildet, Expertenkommissionen gegründet und unglaublich viele Empfehlungen ausgesprochen worden. Wie vorhin aber bereits erwähnt: Nicht nur der HVB vor Ort, sondern auch der Politiker auf Landes- und Bundesebene sieht sich im Rahmen der täglichen Herausforderungen eher mit Fragen wie der folgenden konfrontiert: Wann verfügen wir endlich über genügend Kitaplätze, idealerweise auch über ausreichend viele Erzieherinnen?

Die Katastrophe tritt einfach „zu selten“ ein. Sie bestimmt schlicht nicht das Alltagsgeschehen. Wenn sie aber das Alltagsgeschehen bestimmt, dann massiv und nachhaltig. Dann wieder aufzuschreiben: „Hätten wir mal ...“, bringt gar nichts. Deswegen kann ich einfach nur um eine Verstärkung bitten, also das Vorhandene zusammenzuführen und zu registrieren. Ich bin fest davon überzeugt, dass wir von allem gar nicht so wenig haben, wie tagtäglich beklagt wird. Vielmehr wissen wir einfach nicht, wo es ist oder wer es kann.

Mit Blick auf die letzten Initiativen des Landes NRW zu Helfergewinnung im Katastrophenschutz muss man ganz ehrlich konstatieren, dass wir mit immer weniger fachkundigem Ehrenamt immer mehr bewältigen müssen. Daher mein Aufruf: Lasst uns endlich effektiv werden, statt die Welt immer wieder neu erfinden zu wollen.

Albrecht Broemme (Zukunftsforum Öffentliche Sicherheit): Ich gestehe, den Begriff „Katastrophendemenz“ erfunden zu haben – wohl wissend, dass er nicht im medizinischen Sinne zu verstehen ist. Ich kenne Demenzkranke aus dem näheren Umfeld; das ist eine andere Liga. Folgendes bezeichne ich als „Katastrophendemenz“ – ich definiere bzw. erkläre sie ganz einfach –: Nach einem halben Jahr ist die Hälfte und nach einem Jahr ist alles vergessen. Das erlebt man immer wieder. Dann wird etwa darüber diskutiert, ob man nicht doch dort ein Haus baut, wo ein Hochwasser schwere Schäden verursacht hat, weil es dort so schön ist.

Die Demenz kann auch tödlich sein. Ich denke zum Beispiel daran, dass sich in Simbach in Niederbayern etwa fünf Jahre vor dem Hochwasser an Ahr und Erft ein ähnliches, aber lokal sehr begrenztes Hochwasser im Landkreis Rottal-Inn ereignet hat. Die Hälfte der Todesopfer ist dadurch ums Leben gekommen, dass sie sich noch um Auto oder Keller kümmern wollte. Wenn sie das nicht getan hätten, würden sie noch leben. Wenn man die Erkenntnis gehabt bzw. nicht vergessen hätte, dass man während eines Hochwassers nichts in der Tiefgarage – sie ist eine tödliche Falle – verloren hat, dann

könnten auch die 80 an Ahr und Erft ums Leben gekommenen Menschen noch leben. Mit Blick auf solche Ereignisse frage ich mich, was eigentlich noch passieren muss, damit wir diese Schleife des Vergessens von Unangenehmem durchbrechen. Ich will durchaus zugestehen, dass dies ein typisch menschlicher Zug ist.

Diesbezüglich muss man ein paar Eckpunkte mahnend einfordern, was nicht Aufgabe alleine des Katastrophenschutzes ist. Ich habe es an anderer Stelle ausgeführt: Der Katastrophenschutz hat bei der Effizienz der Nachhaltigkeit oder bei der Effizienz der Resilienz einen Anteil von vielleicht 20 %. Andere Akteure wie die Verwaltung, die Zivilgesellschaft und die Wirtschaft müssen auch ihren Teil beitragen. Das alles wird gerne auf den Katastrophenschutz abgeschoben, was kein guter Zug ist.

Katastrophendemenz ist also menschlich vielleicht noch zu erklären, darf aber fachlich nicht mehr hingenommen werden.

Rodion Bakum (SPD): Ich habe noch eine Frage an Herrn Memmeler, mich würde aber auch die Meinung von Herrn Voss dazu interessieren. Welchen konkreten Schulungsbedarf sehen Sie für kommunale Krisenstäbe unter Berücksichtigung kommunaler Ressourcen?

Magnus Memmeler (Hilfswerk für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe privater Rettungsdienste NRW): Nicht nur kommunale Krisenstäbe, sondern Krisenstäbe generell bedürfen Schulungen. In Bezug auf das Ahrtal hat man gesehen, dass die sogenannten S-Funktionen je nach Besetzung des Stabes qualitativ unterschiedlich besetzt waren. Landräte waren mit dieser zugegebenermaßen einmaligen und wirklich schrecklichen Situation überfordert. Da der Katastrophenschutz, wie bereits erwähnt wurde, häufig keine Rolle für den HVB bzw. Landrat spielt, muss eine Sensibilisierung für diese Funktionen passieren, damit die Funktionsträger im Fall der Fälle tatsächlich in der Büt sind und den Hut aufhaben. Sie müssen so einen Stab führen können.

Das ist ähnlich wie bei Geschäftsführern, denen bis zu einem gewissen Punkt nicht klar ist, dass sie für vieles persönliche Haftung übernehmen, wenn sie eine GmbH gründen. Nichts anderes findet im Katastrophenschutz auf Kreis- und Kommunalebene statt: Der HVB trägt die Verantwortung.

Aufgrund der Ereignisse im Jahr 2021 ist der Schulungsbedarf von den Verantwortlichen zu einem Drittel aufgearbeitet worden; zumindest in den Regionen, die ich kenne. Dort wurde erkannt, dass es sie treffen kann und es sinnvoll ist, so eine Schulung beim BBK in Ahrweiler zu besuchen.

Meine Befürchtung ist aber auch – dahin gehend stimme ich Albrecht Broemme zu –: Wenn nach der Schulung nichts passiert und nicht einmal der Grundschulkeller feucht wird, gerät das alles nach einem Jahr wieder in Vergessenheit. Dann fragt sich auch ein Bürgermeister, warum er daran teilgenommen hat.

In die Zukunft gerichtet, ist meine Befürchtung – in dem Fragebogen wurde eingangs gefragt, welche Schadensereignisse man für wahrscheinlich hält und welche am häufigsten eintreten –: Gerade wetterbedingte Ereignisse werden uns immer häufiger

betreffen. Da unsere bundesdeutschen Netzstrukturen am Limit sind, werden uns zudem instabile IT und instabile Elektrik häufiger betreffen. Das ist einfach logisch, wenn lange nichts getan wurde und nun plötzlich regenerative Energien eingespeist werden müssen, was gut ist. Gerade die Zahl dieser Schadensereignisse, seien es ein Hochwasser, fehlender Strom oder Dürreperioden, wird zunehmen. Somit wird den Leuten, die das Wissen vergessen haben, der Schulungsbedarf relativ schnell wieder bewusst werden.

Mein Eindruck ist: Man sollte jeden HVB bzw. jeden Landrat verpflichten, spätestens alle drei Jahre diese intensiven vier Tage beim BBK zu durchleben, um gut aufgestellt zu sein und das Bewusstsein dafür zu schaffen, dass man auf kommunaler oder Kreisebene Krisenstäbe oder SAE schaffen muss, die regelmäßig den Ernstfall proben. Man wird in kürzester Zeit feststellen, wie schnell bei den handelnden und nur übenden Personen Stress auftritt – selbst in einem Übungsszenario, bei dem jedem im Raum bewusst ist, dass gerade alle kerngesund sind und die Busse fahren, man aber so tut, als wäre etwas passiert.

Ich habe das in meiner Stellungnahme mit einem banalen Beispiel dargestellt: Im Jahr 2005 sind bei der Schneekatastrophe im Münsterland viele Lebensmittel in privaten Kühltruhen verrottet, weil kein Strom vorhanden war. Draußen war es biestig kalt, und es lag Schnee. Niemand ist aber auf die pfiffige Idee gekommen, so ein halbes Hähnchen mal auf die Terrasse zu legen. Daran sieht man, wie schnell in gewissen Situationen bei jedem so eine Blut-Hirn-Schranke verhindert, einfachste Kausalzusammenhänge herzustellen in Bezug auf das, was zu tun ist. Je häufiger ich schule und übe, desto besser performen auch SAE auf lokaler Ebene.

Prof. Dr. Martin Voss (Freie Universität Berlin): Ich kann all das bekräftigen, was Herr Memmeler gerade gesagt hat. Ergänzend möchte ich sagen: Auf Kreisebene nimmt ein Fachdienstleister oft ordnungs- und sicherheitsrechtliche Aufgaben wahr. Nebenbei erfährt er davon, dass er auch noch etwas mit Katastrophenschutz zu tun haben soll. Anzusetzen ist daher auf der Schulungsebene, denn der Blick auf das eher Unwahrscheinliche gehört zum Kerngeschäft eines Landrats bzw. der auf der kommunalen Ebene Verantwortlichen; damit fängt es an.

Wie Herr Memmeler gerade gesagt hat, war das Ereignis im Ahrtal kein einmaliges, aber ein sehr seltenes. Das Bewusstsein ist entsprechend dafür zu schulen, dass man mit sehr begrenzten Kapazitäten und Ressourcen – sonst wäre eine Katastrophe nicht so eskalierend – klarkommen muss und dass man mit einer Komplexität konfrontiert wird, die innerhalb eines bestimmten Zeitraumes nicht zu verarbeiten ist. Man kommt damit nicht klar. Das setzt Menschen unter Stress und führt zu Fehlentscheidungen und Kommunikationsdesastern, die wiederum den Stress erhöhen.

Sicherlich ist ein Schulungshandbuch zur Führung eines Stabes und zu den Umfängen einer Stabsfunktion wichtig. Es gehört aber auch dazu, zu lernen, systemisch zu denken, mit Komplexität umzugehen und Stress so zu kanalisieren, dass er nicht zu einer Verschärfung der Situation führt. Mein Eindruck von außen ist – ich bin nicht dauernd in Ahrweiler –, dass diese Art von Kompetenzen nicht adäquat geschult werden und man viel mehr auf solche eher weichen Faktoren achten sollte.

Vorsitzender Dr. Martin Vincentz: Wir sind am Ende unserer Anhörung angelangt. Ich darf mich bei den Sachverständigen für die Möglichkeit von Rückfragen und für die vielen guten Antworten bedanken.

(Beifall)

Bei allen Kollegen bedanke ich mich für die ruhige Sitzung und weise noch darauf hin, dass wir uns das nächste Mal am 18. März 2024 zu einer regulären Sitzung zusammenfinden werden. Vorgesehen sind wieder zwei über den Tag verteilte Termine bzw. Anhörungen. Ich wünsche Ihnen ein schönes Wochenende.

gez. Dr. Martin Vincentz
Vorsitzender

Anlage

19.03.2024/20.03.2024

Anhörung von Sachverständigen

der Enquetekommission „Krisen- und Notfallmanagement“ – durch die Lehren der Vergangenheit die Zukunft sicher gestalten

„Krisenprävention und vorausschauendes Krisen- und Notfallmanagement“

am Freitag, dem 1. März 2024,
13.30 bis (max.) 16.00 Uhr, Raum E1 D05, Livestream

Tableau

Stand 29.02.2024

eingeladen	Teilnehmer/innen	Stellungnahme
Universität Wien Professor Dr. Thomas Glade Wien Österreich	Professor Dr. Thomas Glade per Video	18/1311
DRK e.V. Generalsekretariat Moritz Krüger Berlin	Moritz Krüger Dr. Sascha Rolf Lüder	18/1294
Reinoldus Rettungsdienst gGmbH Magnus Memmeler Dortmund	Magnus Memmeler	18/1292
Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK) Präsident Ralph Tiesler Bonn	<i>Keine Teilnahme</i>	---
Freie Universität Berlin Krisen- u. Katastrophenforschungsstelle Professor Dr. Martin Voss Berlin	Professor Dr. Martin Voss per Video	18/1297
Nationale Kontaktstelle für das Sendai Rahmenwerk Nina Köksalan Bonn	<i>Keine Teilnahme</i>	---
Zukunftsforum Öffentliche Sicherheit Albrecht Broemme Berlin	Albrecht Broemme per Video	18/1312